

Politische Bildung

Carl Deichmann

Der neue Bürger

Politische Ethik, politische
Bildung und politische Kultur



Springer VS

Politische Bildung

Herausgegeben von

C. Deichmann, Jena

I. Juchler, Potsdam

Die Reihe Politische Bildung vermittelt zwischen den vielfältigen Gegenständen des Politischen und der Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen in politischen Bildungsprozessen an Schulen, außerschulischen Einrichtungen und Hochschulen. Deshalb werden theoretische Grundlagen, empirische Studien und handlungsanleitende Konzeptionen zur politischen Bildung vorgestellt, um unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen zu Theorie und Praxis politischer Bildung aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen. Die Reihe Politische Bildung wendet sich an Studierende, Referendare und Lehrende der schulischen und außerschulischen politischen Bildung.

Herausgegeben von

Carl Deichmann
Institut für Politikwissenschaft
Universität Jena
Deutschland

Ingo Juchler
Lehrstuhl für Politische Bildung
Universität Potsdam
Deutschland

Carl Deichmann

Der neue Bürger

Politische Ethik, politische Bildung
und politische Kultur

Carl Deichmann
Universität Jena
Deutschland

Politische Bildung

ISBN 978-3-658-01387-5

ISBN 978-3-658-01388-2 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-01388-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Jan Treibel, Stefanie Loyal

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Inhalt

Vorwort	9
1 Einführung	11
2 Neue Bürgermoral in der politischen Kultur	17
2.1 Moralische Aspekte neuer Partizipationsformen	17
2.2 Typen moralischer Entrüstungswellen	22
3 Politische Ethik: Grundlegende Orientierung	31
3.1 Moral, Normen, regulative Ideen und Werte	32
3.1.1 Moral	33
3.1.2 Regulative Ideen und Werte	35
3.2 Grundlage und Untersuchungsgegenstand politischer Ethik	39
3.2.1 Modell der sozialen und politischen Realität als Orientierung	40
3.2.2 Methodenorientierung der politischen Ethik	44
3.2.3 Aufgaben der politischen Ethik	46
4 Politische Ethik und politische Kultur	49
4.1 Politisch-moralische Deutungsmuster der Bürger: Idee des sittlich Guten und der Gerechtigkeit als normative und empirische Orientierung	49
4.1.1 Gefahr der Monopolisierung der Sinnwelten	51
4.1.2 Aristotelisches Menschenbild und Politikauffassung	54
4.1.3 Bedeutung der Idee des „Guten“ und der „Gerechtigkeit“ ...	56
4.1.4 Gerechtigkeit als „ethisches Prinzip“	59
4.1.5 Erfahrbarkeit der Gerechtigkeit in der Alltagswelt	61

4.1.6	Struktur politisch-moralischer Deutungsmuster der Bürger	65
4.2	Politische Ethik und politische Kultur: Wertewandel und politisch-moralische Bewusstseinsbildung der Bürger	67
4.2.1	Politische Sprache und politische-moralische Deutungen	69
4.2.2	Politische Sprache und politische Kultur	72
4.2.3	Politische Symbolwelt als Rahmen für die Wertorientierung der Bürger	73
4.2.4	Wandel der regulativen Ideen und Wertewandel	74
4.2.5	Politische Ordnung, regulative Ideen, Werte und politische Kultur	77
4.2.6	Politische Kultur: Methodenreflexion	78
4.2.7	Modell: Ebenen der politischen Kultur	80
4.2.8	Struktur politisch-moralischer Bewusstseinsbildung	83
4.2.9	Ausdifferenzierung politisch-moralischer Deutungsmuster	84
5	Anforderungen an den neuen Bürger: Politisch-moralische Urteils-, Analyse- und Partizipationsfähigkeit	89
5.1	Wertorientierte demokratische politische Ordnung: Anforderungen an die politisch-moralische Urteilsfähigkeit der Bürger	90
5.1.1	Beurteilung politischer Ordnungen nach Gerechtigkeitsprinzipien	91
5.1.2	Wertorientierung des Grundgesetzes und aktiver Bürger	92
5.1.3	Aktiver Bürger in der pluralen Demokratie	95
5.1.4	Freiheit als Element politisch-moralischer Deutungsmuster	97
5.1.5	Gleichheit als Element politisch-moralischer Deutungsmuster	101
5.1.6	Politisch-moralische Deutungen politischer Diskurse und des politischen Extremismus	106
5.2	Fallanalyse „Gesundheitssystem“: Unmündiger Bürger	111
5.2.1	Methodische Orientierung: Analyse der politischen Situation	111
5.2.2	Vergleichende Perspektive: Gerechtes Gesundheitssystem?	114

5.2.3	Gesundheitssystem und politische Kultur	116
5.2.4	Gerechtes Gesundheitssystem und gesellschaftlicher Wandel als Herausforderung für politisches Handeln	117
5.2.5	Aktive Wahrnehmung der Bürgerrolle im Gesundheitssystem?	120
5.2.6	Ethische Herausforderung: Gerechtigkeit und Mündigkeit	122
5.3	Politisch-moralische Deutungen: Internationale Beziehungen und internationale Organisationen	123
5.3.1	Alltagswelt und internationale Beziehungen	124
5.3.2	Komplexitätsreduzierung durch Modelle und Theorien: Problemfragen zur internationalen Politik	125
5.3.2.1	Modell: Mehrdimensionale internationale politische Realität	126
5.3.2.2	Modell: Interaktionsstruktur	129
5.3.3	Regulative Ideen und Werte zur Beurteilung der internationalen Beziehungen	131
5.3.4	Politisch-moralische Beurteilung internationaler Wirtschaftsbeziehungen	133
5.3.4.1	Gerechtigkeit im Weltwirtschaftssystem?	134
5.3.4.2	Theoretische Begründung des Weltwirtschaftssystems	134
5.3.5	Menschenrechte und Völkerrecht	137
5.3.6	Bedeutung internationaler Organisationen	140
5.4	Der neue partizipationsfähige Bürger in der demokratischen politischen Kultur	143
5.4.1	Abgrenzung von der funktionalen Betrachtung der Institutionen	144
5.4.2	Alltagsweltliche Erfahrbarkeit der Institutionalisierung ...	146
5.4.3	Partizipationsmaximierung in gesellschaftlichen und politischen Institutionen	150
5.4.4	Der neue Bürger: Partizipation in den gesellschaftlichen und politischen Institutionen und im politischen System ...	153
6	Die Entwicklung des Gerechtigkeitssinns: Der neue Bürger	157
6.1	Herausforderungen für die politische Ethik und die politische Bildung	157
6.2	Entwicklung des Gerechtigkeitssinns durch die alltagsweltliche Begründung der Idee der sozialen Gerechtigkeit	159

6.3	Übertragung der Gerechtigkeitsprinzipien auf gesamtgeseftliche Institutionen	163
6.4	Wissenschaftstheoretische Reflexion: Wertentscheidung im Kontext der politischen Kultur	167
7	Zusammenfassung	171
	Literatur	175

Vorwort

Nicht nur grundsätzliche Fragen der Politik, sondern auch aktuelle politische Entwicklungen werden immer stärker unter moralischen Kategorien diskutiert.

Dies zeigen aktuelle Beispiele wie die Wulff-Affäre, die Diskussionen um die Beschäftigung von Politikern nach ihrem Ausscheiden aus der Politik. Die politisch-moralischen Diskurse beziehen sich ebenfalls auf den Links- und Rechts-extremismus, den Terrorismus sowie auf Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen.

Gleichzeitig erhält – hiermit verbunden – die politische Rolle der Bürger¹ in den Interaktions- und Kommunikationsformen im Internet sowie in neuen Partizipationsformen, wie im Schlichtungsverfahren zu „Stuttgart 21“, eine neue politisch-moralische Qualität. Da diese Entwicklungen, sowohl die öffentlichen moralischen Diskurse als auch die neuen Partizipationsformen, das politisch-moralische Bewusstsein der Bürger massiv beeinflussen, ist es notwendig, die Frage nach den politisch-moralischen Deutungsmustern im Zusammenhang mit dem Wandel der politischen Kultur zu untersuchen und Konsequenzen für die politische Bildung aufzuzeigen.

Angesichts dieser Fragestellung handelt es sich in der Publikation „Der neue Bürger“ um eine Akzentuierung und um eine Weiterentwicklung der politischen Ethik unter der erkenntnisleitenden Frage ihrer Bedeutung für die politische Bildung.

Carl Deichmann

1 Da Bürgerinnen und Bürger in ihrer politisch-moralischen Rolle gesehen werden, wird im Text nicht zwischen der weiblichen und männlichen Form unterschieden.

Welche Kompetenzen soll der „neue Bürger“ besitzen, um sein moralisches Urteil und seine Handlungsorientierung entwickeln zu können?

Dies ist die zentrale Frage angesichts neuer Anforderungssituationen in der modernen Partizipationskultur, welche die politisch-moralischen Deutungsmuster der Bürger beeinflussen.

Die Beantwortung der Frage betrifft sowohl das Erkenntnisinteresse der politischen Ethik, der wissenschaftlichen Disziplin zur Klärung moralischer Begriffe im philosophischen und politisch-kulturellen Diskurs, als auch dasjenige der Politikdidaktik, der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Bedingungen, Zielen, Inhalten und Methoden der politischen Bildung.

Dabei sind die Überschneidungen zwischen der politischen Ethik und der Politikdidaktik sowohl im *Erkenntnisinteresse* als auch in der methodischen Orientierung zu sehen.

Das gemeinsame Erkenntnisinteresse besteht in der ähnlichen Sicht auf die soziale und politische Realität, besonders auf die Realitätsdimension der regulativen Ideen und Werte, welche beide Wissenschaften in die Analyse einbeziehen. Dieses spezifische Interesse bedeutet aber nicht, dass die Interessen- und Machtdimension der politischen Realität und diejenige der Interaktionen und Institutionen sowie die Dimension der subjektiven Interessen (vgl. bes. Kap. 3.2.1) völlig unberücksichtigt bleiben dürfen. Denn auch die besondere Ausprägung der politischen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft und in den politischen Institutionen prägen die politisch-moralischen Deutungsmuster der Bürger. Und diese gilt es ja sowohl in der politischen Ethik als auch in der Politikdidaktik zu untersuchen. Die politische Bildung ihrerseits nimmt wiederum neben anderen Sozialisationsfaktoren Einfluss auf diese politisch-moralischen Deutungsmuster.

Mit den *politisch-moralischen Deutungsmustern* sind die Interpretationen politischer Realität gemeint, welche „hinter“ den geäußerten Meinungen, Bewertungen und Einstellungen stehen, die sich z. B. in den Ergebnissen von Befragungen nie-

derschlagen (vgl. Oevermann 2001a, S. 5ff.; vgl. Flick 2002, S. 300ff.; vgl. Plaß und Schetsche 2001, S. 511-536; vgl. Oevermann 2001c, S. 537-546).

Deshalb können Deutungsmuster als subjektive Orientierungen oder als das Hintergrundwissen verstanden werden, welches in ein Weltbild beziehungsweise in eine soziale und politische Ordnungsvorstellung integriert wird.

Deutungsmuster zeichnen sich durch eine für das Individuum schlüssige, logische Struktur aus:

- „1. Unter Deutungsmustern sollen nicht isolierte Meinungen oder Einstellungen zu einem partikularen Handlungsobjekt, sondern in sich nach allgemeinen Konsistenzregeln strukturierte Argumentationszusammenhänge verstanden werden. Soziale Deutungsmuster haben also ihre je eigene ‚Logik‘, ihre je eigenen Kriterien der ‚Vernünftigkeit‘ und ‚Gültigkeit‘, denen ein systematisches Urteil über ‚Abweichung‘ korreliert. Insofern sind sie durchaus wissenschaftlichen Hypothesensystemen als Argumentationszusammenhängen mit spezifischen Standards der Gültigkeit vergleichbar.
2. Soziale Deutungsmuster sind funktional immer auf eine Systematik von objektiven Handlungsproblemen bezogen, die deutungsbedürftig sind“ (Oevermann 2001, S. 5).

Im Rahmen des Erkenntnisinteresses der politischen Ethik und der Politikdidaktik geht es darum, diejenigen Elemente der Deutungsmuster zu analysieren, die sich auf die politische Ordnung als Ganze und auf die regulativen Ideen und Werte, institutionellen Regelungen sowie auf die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger beziehen, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind oder wie sie die Bürger im Rahmen der modernen Partizipationskultur fordern. Diese Teile der – umfassenderen – sozialen/politischen Deutungsmuster der Individuen können als politisch-moralische Deutungsmuster bezeichnet werden. In einer solchen Ausgestaltung des Begriffs wird zudem das Handlungsproblem der „aktiven Wahrnehmung der Bürgerrolle“ einbezogen, welches in der demokratischen politischen Ordnung gleichzeitig als Legitimationsproblem definiert werden kann (vgl. zur Ausdifferenzierung der politisch-moralischen Deutungsmuster bes. Kap. 4.2.9).

Bei der Untersuchung der politisch-moralischen Deutungsmuster des „neuen, partizipationsfähigen Bürgers“ liegt in der vorliegenden Publikation der Schwerpunkt eindeutig auf der politischen Ethik. Im Anschluss an die umfassenden politisch-ethischen Überlegungen wird sodann der Frage nachgegangen, in welcher Weise die politische Bildung auf diese Herausforderung reagieren soll. Dabei geht es nicht um die Ausdifferenzierung einer politikdidaktischen Strategie, die an anderen Stellen immer wieder unter verschiedenen Aspekten entwickelt wurde (Deichmann 2004, Deichmann/Tischner 2013; dies. 2014 u. a.), sondern um die spezifische Frage der Entwicklung eines Gerechtigkeitssinns, den der Autor als Antwort auf die neuen politischen Anforderungen und auf die Herausforderungen

für den „neuen Bürger“ ansieht. Die Entwicklung des Gerechtigkeitssinns wird deshalb in Kapitel 5 mit deutlichen politikdidaktischen Bezügen entwickelt. Die beschriebene Konzeption kann unmittelbar in die Praxis der politischen Bildung umgesetzt werden.

In dem Buch wird eine *Akzentuierung und eine Weiterentwicklung der politischen Ethik* unter der erkenntnisleitenden Frage nach der Ausbildung der politisch-moralischen Deutungsmuster des neuen Bürgers in der Partizipationskultur angestrebt. Gleichzeitig geht es aber auch um die Gewichtung der Überlegungen für die politische Bildung.

Die Untersuchung wird (zusammen mit der Einleitung) in *sechs Kapiteln* vorgenommen, welche bei einer Typologie der neuen moralisch-politischen Anforderungen für den Bürger ansetzt (Kap. 2).

Im Rahmen des beschriebenen Erkenntnisinteresses „Welche Kompetenzen soll der ‚neue Bürger‘ besitzen, um sein moralisches Urteil und seine Handlungsorientierung entwickeln zu können?“ geht es in diesem zweiten Kapitel jedoch nicht um die ausdifferenzierte Untersuchung der einzelnen Beispiele.

Die Funktion der Beispiele, in eine Typologie eingebunden und damit auf ihre Grundstrukturen bezogen, besteht in der Orientierung für den Leser, durch die er auch zukünftige politisch-moralische Diskurse einordnen und gewichten kann.

Im Rahmen des dem Buch zugrunde liegenden Erkenntnisinteresses wird deshalb der Frage nachgegangen, mit welchen Typen politischer Ereignisse sich der Bürger konfrontiert sieht und in welcher Weise eine politische Ethik, die auch die politische Bildung „im Hinterkopf“ hat, hierauf reagieren soll. Dabei versetzen sich Autor und Leser in die „Bewusstseinslage des Bürgers“, der die verschiedenen „moralischen Erregungsprozesse“ verfolgt und sich die Frage stellt, wie er darauf reagieren soll.

Bei einem solchen Verständnis der im zweiten Kapitel skizzierten Beispiele sind diese Prozesse einerseits unverzichtbar, andererseits können sie nicht im Sinne einer politikwissenschaftlichen Systematik umfassend behandelt werden, sondern erscheinen dem Beobachter wie ein Text oder ein Film, auf den er reagiert und zu dem er sich positionieren muss. Durch diesen „Bewusstseinsbildungsprozess“ wird das politische Bewusstsein in unmittelbarem Zusammenhang mit verschiedenen Erscheinungsformen und Entwicklungen der politischen Kultur generiert bzw. beeinflusst.

Die Typologie moralischer Entrüstungswellen im zweiten Kapitel ist zudem für die Gesamtdarstellung als Einstieg, nicht nur als „Aufhänger“ zu verstehen, weil auf die dort genannten Beispiele bei den folgenden systematischen Überlegungen immer wieder verwiesen wird. Die Argumente nehmen hierauf Bezug, denn die zentralen Ziele der Publikation bestehen, wie auch in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich wird, in der Analyse der Funktion und Ausgestaltung politisch-moralischer

Deutungsmuster, damit der Zusammenhang zwischen der subjektiven Bedeutung der Deutungsmuster und ihrer objektiven Bedeutung in der Gesellschaft erfasst werden kann (Flick 2002, S. 300ff.).

Die Publikation orientiert sich an der hermeneutischen Politikdidaktik und hermeneutischen politischen Ethik, die sich wiederum auf die sozialwissenschaftliche Hermeneutik beziehen. Damit wird deutlich – über den Gegenstand des zweiten Kapitels hinaus, die gesamte Publikation betreffend –, dass neben dem gemeinsamen Erkenntnisinteresse, das politische Ethik und Politikdidaktik besitzen, beide Wissenschaften durch *die hermeneutische Methode* verbunden sind. Die Methodendiskussion wird übrigens in jeder Stufe der Argumentation in den einzelnen Kapiteln wieder aufgenommen.

Insofern wird der in verschiedenen Publikationen dargestellte Ansatz einer hermeneutischen Politikdidaktik (vgl. z. B. Deichmann/Juchler 2010) hier auf die politische Ethik bezogen.

Deshalb befindet sich die politische Ethik ebenfalls in der Situation der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik (vgl. Hitzler und Honer 1997, S. 7f.), welche die kulturell verfestigten sozialen Praktiken analysiert. Bezieht sich doch ihr Erkenntnisinteresse auf die Elemente und Erscheinungsformen der gesellschaftlichen und politischen Realität, so kann sich die Forschung nicht mit Textinterpretation begnügen – der „traditionellen hermeneutischen Methode“. Die politische Ethik, aber auch die Politikdidaktik bemühen sich unter dem erkenntnisleitenden Interesse der aktiven Wahrnehmung der Bürgerrolle durch die Entwicklung eines politisch-moralischen Bewusstseins im Rahmen der demokratischen politischen Kultur (vgl. Deichmann 2004, S. 22f.) wie die hermeneutisch orientierte Sozialwissenschaft nicht nur um die Interpretation von Texten, sondern um die Interpretation von kommunikativen Praktiken (vgl. Hitzler und Honer 1997, S. 7ff.).

Deshalb müssen sich beide Wissenschaften an einem Forschungskonzept orientieren, nach dem die gesamte Sozialwelt wie ein Text behandelt wird, den es zu interpretieren gilt. „Die soziale, ja die gesamte Wirklichkeit erscheint ihr (der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik, C. D.) wie in ein Sinnkleid gehüllt, in dem der Mensch erst als Mensch leben kann. Der Rekonstruktion dieses Sinnkleides, das wie ein Text behandelt werden kann, widmet sich die Hermeneutik [...]“ (Knoblauch 2005, S. 176).

Ganz im Sinne dieser Rekonstruktion des Sinnkleides der Wirklichkeit geht es sodann im dritten Kapitel um die Aufarbeitung der Struktur sozialer und politischer Realität. Die Voraussetzung hierfür bilden zunächst Überlegungen zur Differenzierung der regulativen Ideen und der Werte, welche für die politisch-moralische Bewusstseinsbildung der Bürger Bedeutung besitzen, um auf diesem Hintergrund

eine differenzierte Sicht der politischen Realität im Erkenntnisinteresse der politischen Ethik und der Politikdidaktik darzustellen und in einem Modell festzuhalten.

Damit sind die Grundlagen, der Untersuchungsgegenstand und die Aufgaben der politischen Ethik für die Diskussion in den folgenden Kapiteln fest umrissen.

So kann im vierten Kapitel die Frage nach den politisch-moralischen Deutungsmustern des neuen Bürgers unter den Anforderungen einer Partizipationskultur intensiv diskutiert werden, indem die Differenzierung zwischen den normativen Aspekten der regulativen Ideen und den eher empirischen Gesichtspunkten der Werte bei der Diskussion der platonischen und aristotelischen Ethik als Untersuchungsperspektive möglich ist. Kann sich der neue Bürger an der regulativen Idee des „sittlich Guten“, so wird zu fragen sein, oder an einer differenzierteren Sicht der Gerechtigkeit orientieren? Von welchen politisch-moralischen Deutungsmustern sollte er ausgehen, um in der komplexen politischen Welt optimal handeln zu können (Kap. 4.1)? Die auf der Grundlage dieser Überlegungen schon zu entwickelnde Struktur politisch-moralischer Deutungsmuster kann weiter ausdifferenziert werden, wenn intensive Überlegungen zur kulturellen Eingebundenheit von politisch-moralischen Deutungsmustern, welche nicht zuletzt in der Typologie moralischer Erregungsprozesse deutlich wurde, angestellt werden (Kap. 4.2). Die damit notwendigen Analysen zu individuellen und kollektiven Aspekten der Sprache, zu den Symbolen und zum Wertewandel führen zu grundlegenden Einsichten in die Bedeutung der politischen Kultur für das Verständnis der politischen Ethik. Sie werden in einem Modell verdichtet, mit dessen Hilfe ebenfalls die Struktur und die Entwicklungstendenzen in der politischen Kultur im Allgemeinen und der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen zu erfassen sind. Denn damit ist es möglich, den Zusammenhang zwischen dem politischen Verhalten der Bürger und demjenigen der politischen Rollenträger, das heißt der politischen Handlungsträger im engeren Sinne, der Medienvertreter, der Vertreter von Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft, zu analysieren. Eine solche Untersuchung muss dann auch die Bedeutung und Funktion der Institutionen, aber auch der politischen Situationen berücksichtigen, in denen Bürger und Politiker handeln. Somit ist es möglich, nicht nur die strukturellen und kulturellen Bedingungen für die Entwicklung der politisch-moralischen Deutungsmuster und die Struktur des politisch-moralischen Bewusstseinsprozesses auszuleuchten, sondern es besteht darüber hinaus die Möglichkeit, die Deutungsmuster auf dem Hintergrund der Überlegungen zur politischen Ethik und politischen Kultur hinsichtlich der Ebenen der politischen Kultur und der anthropologischen Bedingungen ausdifferenzieren.

Von dem durch diesen Diskurs gewonnenen höheren Erkenntnisniveau aus werden sodann im fünften Kapitel die Anforderungen an den neuen Bürger in der Demokratie reflektiert. Aus diesen sehr differenzierten Überlegungen zu den

„Rahmenbedingungen“ für das politische Handeln des Bürgers in der demokratischen politischen Ordnung (Kap. 5.1) und nicht zuletzt zu den gesellschaftlichen und politischen Institutionen, in die der Bürger eingebunden ist (Kap. 5.2), sind Konsequenzen für inhaltliche Aspekte des moralisch-politischen Deutungswissens sowie für die notwendige Handlungskompetenz des neuen Bürgers zu ziehen.

Es ist also in der politischen Ethik eine differenziertere Analyse der Struktur der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland notwendig, will man die Anforderungen, die an die moralische Kompetenz des neuen, partizipationsfähigen Bürgers gestellt werden, richtig einschätzen.

Dabei zeigt sich am Beispiel des Gesundheitssystems, dass der neue partizipationsfähige Bürger (Kap. 5.4) unter den strukturellen Bedingungen der institutionalisierten Alltagswelt seine Grenzen, seine Unmündigkeit, schnell erfährt (Kap. 5.2). Deshalb erscheint es notwendig, dass der neue Bürger einerseits in der Lage ist, die politische Situation, in die er involviert ist (Kap. 5.2), erkennt und daraus Konsequenzen für seine Handlungsfähigkeit in der institutionalisierten Welt zieht (Kap. 5.4).

Da diese Handlungskompetenz nicht nur aus der Auseinandersetzung mit der politischen Ordnung, sondern zunehmend auch aus derjenigen mit internationalen Problemen und den damit verbundenen Wirtschaftsproblemen gebildet wird, besteht auch die Notwendigkeit, eine Diskussion der internationalen Beziehungen und deren ökonomischer Dimension einzubeziehen (Kap. 5.3).

Die Konsequenzen aus den Analysen der politischen Ethik für das Bürgerverhalten werden in besonderer Weise in der politischen Bildung zu ziehen sein, wie im sechsten Kapitel dargestellt wird. Insofern mündet die Analyse der Entwicklungstendenzen der demokratischen politischen Kultur, des Bürgerverhaltens, des Handelns der Politiker im Institutionensystem der Bundesrepublik Deutschland sowie der Wertedimension in der demokratischen politischen Ordnung, zwangsläufig in eine Begründung der normativen Dimension: Welche Gerechtigkeitsvorstellung soll die politische Bildung in der demokratischen politischen Kultur, in welcher der Bürger seine Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen kann, vermittelt werden?

2.1 Moralische Aspekte neuer Partizipationsformen

Wutbürger, die sich gegen Atomtransporte, die digitale Überwachung durch die NSA und gegen den Bau eines Bahnhofs wehren, Aktivbürger, welche neue Partizipationsformen im Internet und in politischen Parteien wahrnehmen. Gibt es einen allgemeinen Trend zu einer Partizipationskultur? Trifft darüber hinaus die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation im Deutungssystem einer „postdemokratischen“ Theorie zu: „Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt“ (Crouch 2008, S. 8). Politische Institutionen und die in diesen stattfindenden Willensbildungsprozesse werden in einer solchen Interpretation durch die „Subjektivierung“ der Politik ersetzt: „Die Demokratie ist, im Allgemeinen, die Weise der Subjektivierung der Politik – wenn man unter Politik etwas anderes versteht als die Organisation der Körper in der Gemeinschaft und die Verwaltung der Plätze, Macht und Funktionen“ (Rancière 2002, S. 108).

Wie auch immer die Bürgerrolle beschrieben wird, ob im Sinne einer solchen „postdemokratischen“, subjektivierten oder eher traditionellen Deutung im Rahmen der Partizipationsmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie (vgl. Kap. 4; Kap. 5), die Bürger bilden ihr politisch-moralisches Urteil nicht zuletzt durch die Diskussion politischer Ereignisse aus, von denen sie sich betroffen fühlen und auf die sie reagieren.

Dabei zeichnen sich die öffentlichen politischen Diskurse, an denen die Bürger mithilfe der digitalen Medien immer intensiver teilnehmen können, einerseits durch die zunehmende Anzahl realer politischer Demonstrationsprozesse mit großer medialer Resonanz und Begleitung aus. Zu diesen eher traditionellen Formen gehören z. B. die Anti-Atomtod-Demonstrationen oder die Occupy-Bewegung.

Andererseits werden die Abstände zwischen den regelmäßig stattfindenden öffentlichen moralischen *Entrüstungswellen* (Sloterdijk) offensichtlich immer kürzer. Sie werden in medialen Diskussionsprozessen rezipiert, aber auch initiiert, verstärkt und publikumswirksam erweitert. Dies besonders in den fast täglich stattfindenden Talkshows.

Eine neue Qualität erhalten sowohl die traditionellen realen Demonstrations- als auch die medialen Diskussionsprozesse durch ihre Verknüpfung mit der Massenkommunikation im Internet.

Dadurch kann sich eine unübersehbare und nicht kalkulierbare Anzahl von Menschen für konkrete Aktionen verabreden, aber auch die in den Massenmedien ablaufenden Diskussionen der politischen und kulturellen Elite begleiten. Die politischen Handlungsträger reagieren auf Diskussionen in Facebook und in Blocks und versuchen, die entsprechenden Diskussionen zu beeinflussen. Insofern kann von einer neuen Qualität der Partizipation von jedermann an der politischen Diskussion gesprochen werden. Es zeigt sich, dass sich die Struktur der Öffentlichkeit fundamental ändert und „die Gestalt eines prinzipiell unbeschränkten, Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten aller Art eröffnenden Raumes“ (Zehnpfennig 2013, S. 36) annimmt. Bei diesem neuen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ sind zwei gegenläufige kulturelle Wandlungsprozesse festzustellen. Einerseits entwickelt sich das Format einer neuen „Hierarchien-auflösenden Arena“ (ebd.) für einen partizipationsfähigen, aktiven Bürger. Gleichzeitig besteht andererseits die Tendenz der zunehmenden Abhängigkeit, und es ist die Frage zu stellen, „ob man Herr seines freien Willens ist“ (Schirrmacher 2009, S. 53). Mit der Zunahme der privaten „Entäußerung“ des Bürgers in der medialen Öffentlichkeit sind die Entpolitisierung und die Anfälligkeit für politische und ökonomische Manipulation verbunden. Die Gefahr für den neuen Bürger besteht darin, dass er die Basis seiner bürgerlichen Existenz, seine individuelle Freiheit (vgl. bes. Kap. 5.1.4), durch die Verflechtung von Privatheit und Öffentlichkeit selbst zerstört.

Sicher ist, dass im Kontext dieser kulturellen Wandlungsprozesse die Anforderungen an die moralische Kompetenz des Bürgers steigen.

Ein Beispiel für eine neue Qualität der Partizipation mit entsprechender moralischer Entrüstung, die im Interaktionssystem von betroffenen Bürgern, Medien und Politik stattfand, ist der *Bürgerprotest* gegen das Infrastrukturprojekt *Stuttgart 21*.

Bei dem Projekt handelt es sich um ein großangelegtes, regionales Bauprojekt, das unter anderem den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs von einem Endbahnhof in einen Durchgangsbahnhof vorsieht. Die Planung liegt bei der Deutschen Bahn und wird von der Europäischen Union sowie von Bund und Ländern mitfinanziert. Erste Ansätze des Projekts liegen in den 1980er Jahren (vgl. Michel 2011). Die Unzufriedenheit der Bürger artikulierte sich aber erst 2007, als ein Bürgerbegehren

den Ausstieg aus dem Projekt forderte (vgl. Soldt 2010). Dieses Bürgerbegehren scheiterte. Zu einer Steigerung des Unmuts über das Projekt kam es vor Beginn der Bauarbeiten im Februar 2010 im Zusammenhang mit einem Gutachten über eine Kostensteigerung, welches vermeintlich von den politischen Entscheidungsträgern zurückgehalten worden war. Innerhalb kürzester Zeit mobilisierten sich tausende Bürger gegen den Beginn der Bauarbeiten. Es kam zunächst zu Sitzblockaden und Großdemonstrationen mit großer medialer Resonanz. Die verschiedenen Bürgergruppen verfolgten unterschiedliche Ziele. Zunächst ließ sich die Bahn nicht auf eine Unterbrechung der Bauarbeiten ein und zog dadurch wiederum den Frust der steigenden Zahl unzufriedener Bürger auf sich. Nach einem heftigen Polizeieinsatz gegen Demonstranten schien die Lage ausweglos. Um eine weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden, wurde ein Schlichtungsverfahren eröffnet, bei dem jeweils sieben Vertreter beider Meinungslager unter der Moderation von Heiner Geißler zusammenkamen. Neu dabei war, dass die Sitzungen öffentlich durchgeführt und live im Fernsehen übertragen wurden. Das Ziel der neuen Kommunikationsform in der medialen Öffentlichkeit lag darin, einen Kompromiss zu erwirken, der von beiden Seiten akzeptiert wird. Das Ergebnis bestand in einem Schlichterspruch, der sowohl die finanziellen und baulichen Maßnahmen als auch ökologische Gesichtspunkte umfasste (vgl. www.schlichtung-s21.de/39.html).

Bei den regelmäßig stattfindenden repräsentativen Umfragen fiel auf, dass vor der Schlichtung eine Mehrheit gegen Stuttgart 21 stimmte, sich dieses Meinungsbild aber nach der Schlichtung wendete. Nach der rechtlich nicht wirksamen Schlichtung erfolgte im November 2011 eine Volksabstimmung in Baden-Württemberg über Stuttgart 21. Das Ergebnis: 58,8 % stimmten gegen den Abbruch und 41,1 % für den Abbruch des Projekts (Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg 2011). Die Bauarbeiten wurden rasch wieder aufgenommen.

Auch wenn dieser politische Prozess hier nicht in seiner Komplexität umfassend beschrieben werden kann (vgl. Kap. 5.2.1 zur Analyse komplexer politischer Situationen), so ermöglichen die Informationen doch grundsätzliche Einsichten in die moralischen Aspekte der Partizipation in politischen Interaktionen.

Erstens darf eine große Bandbreite emotionaler, in der Alltagsinteraktion begründeter moralischer Entrüstung der Betroffenen angenommen werden (vgl. Habermas 1983, S. 55ff., besonders die Diskussion der Theorie von Peter Frederick Strawson). Sie reicht vom Gefühl der Kränkung, die in diesem Fall mit der Umgestaltung des konkreten Lebensraums verbunden ist (Umgestaltung, Teilrodung des Stadtwalds), über die Ablehnung der konkreten politischen Entscheidung aus rationalen Gründen (Kosten und Effektivität des neuen Bahnhofs) unter Gesichtspunkten der Zweck-Mittel-Relation. In diesem Fall bezieht sich die moralische Entrüstung zum Beispiel auf die Verschwendung der von den Bürgern aufgebrauchten Steuermittel, die